

Karl Heinz Pape: Unsere Flüchtlingssituation

Stand: 14.06.2016

*Sie ließen ihre Heimat im Stich,
sie flohen vor ihren Feinden,
sie kämpften nicht für ihre Freiheit und ihr Vaterland,
sie zahlten für die Flucht auf lebensgefährlichen Wegen,
sie betraten illegal unser Land.
.....es sind zu viele.*

Ich glaube, die meisten von uns sind kaum in der Lage, die für unser Land durch den Flüchtlingsstrom eingetretene Situation und die weitere Entwicklung nüchtern und perspektivisch zu betrachten.

Zuerst ergibt sich doch die Frage: Warum strömen plötzlich Millionen Menschen aus den arabischen und afrikanischen Ländern zielgerichtet auf unser Land zu? Kommt so etwas ganz von selbst oder ist das inszeniert, also absichtlich und vorsätzlich in Gang gesetzt?

Warum fliehen so viele vor dem Feind im eigenen Land? Warum kämpfen die Männer nicht und warum verteidigen sie nicht Haus, Hof, Familie, Frau und Kinder, ihre Freiheit und ihr Vaterland? Alle Menschen in unseren europäischen Nationen haben in der Vergangenheit schon einmal für die Freiheit und für das Vaterland gekämpft.

Nun sind sie in Massen hier, für uns wie ein Schicksalsschlag. Stoppen kann und will offensichtlich kaum jemand diesen Zustrom. Um Lösungen in den Entstehungsländern zu finden und zu praktizieren, gibt es, außer Zerbomben, keine konkreten Ansätze. Die klassische Entwicklungshilfepolitik hat versagt. Ich vermute, daß keiner – ich meine unsere Regierung und die Regierungen der anderen Länder und der EU – wirklich willens ist, etwas Grundsätzliches zu tun. Wer bremst solche notwendigen Aktivitäten? Und warum?

Zerbomben und zerstören ist keine Lösung! Deutschland wurde im 2. Weltkrieg auch zerbombt. Das war keine Lösung! Wer hat ein konkretes Interesse daran, daß alles so weiter geht? Es kann nicht allein Unfähigkeit sein, die dazu führt, dass die aktuellen Missstände nicht abgestellt werden.

Warum wagt kaum jemand über eine Begrenzung des Einwanderungszustromes auch nur zu sprechen? Das ist mir ein Rätsel. Als ob das ein Tabubruch wäre. Jeder souveräne Staat hat eigentlich das Recht dazu.

Von unserer Kanzlerin kam bisher keine Anweisung, sondern nur die breit gestreute Ansage zum Thema „Flüchtlingswelle“: „Wir schaffen das!“ Das hört sich ganz hervorragend an. Das strahlt Vertrauen in die Schaffenskraft unseres ganzen Volkes aus. Das spornt an. Das gibt ein Gefühl „Wir sind wer!“, „Wir sind eine kompakte Nation!“. Das empfanden gewiss viele Bürger so. Spontan entstanden überall vor Ort Aktivitäten im Rahmen der sog. Willkommenskultur. Dieser Begriff wurde extra dazu erfunden. Wie ist er eigentlich definiert? Das war den meisten Bürger egal: Je nach Anlage lehnten ihn viele Bürger ab, viele andere engagierten sich hingegen bis an den Rand ihrer Kräfte.

War das bei Behörden, Landesregierungen und unserer Staatsregierung auch so? Das wäre dort keine Privatangelegenheit, sondern berufliche Tätigkeit, für Politiker, Beamte und Angestellte –

eine Pflichtaufgabe. Doch nachgefragt: Wo standen die Mitarbeiter von Behörden, von den Vorgesetzten organisiert, im 3-Schichten-Betrieb 24 Stunden rund um die Uhr auf der Straße, um die Tag und Nacht ankommenden Flüchtlinge mit dem Notwendigsten zu versorgen, sie zu registrieren und um sie in Quartiere einzuweisen? Ich wüsste keinen Ort.

Nur die Kanzlerin hätte dieses Dilemma lösen können. Sie hat es unterlassen, als Chefin den ihr unterstehenden Behörden entsprechende Anweisungen zu geben. Es war ein sträfliches Versäumnis, daß nach ihrer Parole nichts weiter geschah. Die Einwanderung zu organisieren, ist die Aufgabe der Führung. Die entsprechenden Arbeiten durchzuführen, ist Aufgabe aller Staatsdiener. Aber alles ungesteuert auf den Staat zukommen zu lassen, wie es dann geschah, sich einfach darauf zu verlassen, dass sich alles schon irgendwie regeln würde, das ist formatlos und fahrlässig. Nur die Kanzlerin hätte die von ihr geschaffene Ausnahmesituation mit einem Eingriff in die Beamtenhoheit so steuern können, daß nicht nur die Arbeitszeit verändert wird, sondern auch Versetzungen der Beamten an die Brennpunkte erfolgen.

Beamte, Polizisten und Soldaten sind Diener des Staates. Insbesondere, wenn sich der Staat im Kriegszustand resp. Ausnahmezustand befindet. Wir haben z.Zt. einen kriegsähnlichen Ausnahmezustand. In diesem Fall müssen die Staatsdiener ihrem Land rund um die Uhr zur Verfügung stehen und den Anordnungen ihrer Vorgesetzten folgen. Alle Friedensregelungen treten außer Kraft. Es gibt keine Pause, keine Überstunden, keinen Urlaub, keine Sonderzahlungen. Mit diesem Einsatz und dem vollen Personal ist zu operieren bis die Flüchtlingssituation in geordneten Bahnen läuft.

Wenn Behörden nicht funktionieren, dann haben selten die Beamten, sondern häufig die weisungsgebenden Politiker Schuld. Behördenmitarbeiter können nur dann tätig sein, wenn sie zuständig sind und wenn sie eine Anweisung bekommen.

Der König von Preußen, Friedrich Wilhelm I. (1713-1740) hatte eine Beamtenschaft geschaffen, die wie eine Armee im Inneren funktionierte. Sie war ihm, dem König, verpflichtet. Sein Sohn Friedrich II. verpflichtete die Beamten auf den Staat. Er schuf den Staatsdiener mit einer strengen Organisation und einer puritanischen Arbeitsgesinnung. Diese Organisation ging 1871 auf das Deutsche Reich über.

Die Kanzlerin und der Bundespräsident hätten einen mitreißenden Appell an die Staatsdiener richten müssen, um diese zu motivieren, unter Einsatz aller Kräfte diese Ausnahmesituation zu bewältigen. Nichts dergleichen geschah. Der Öffentliche Dienst wurde allein gelassen und war auf die private Mithilfe der Bürger angewiesen. Dieses Nichthandeln war verantwortungslos.

Es hätten Brennpunkte geschaffen werden müssen mit Verwaltungen, die ohne Politikereinflussnahme, aber mit Kompetenzausstattung die Koordination übernehmen. Es müssten im Schnellverfahren Klein-städte aus Hütten aus Holz- oder Betonfertigteilen an verschiedenen Orten entstehen. Schnell muß es gehen und wiederabbaubar sein.

Man hörte schon Monate vorher die Informationen, daß ein Menschenstrom auf Europa zukommen könnte. Hat sich eine Behörde, der Staat, die Politik damit befasst und sich darauf vorbereitet? Den bekannten Zuständen nach war nichts geschehen. Man reagierte überrascht. Politik und Behörden können offenbar gar nicht mehr zukunftsorientiert und präventiv handeln. Man behandelt das Tagesgeschehen, wenn man sich für zuständig hält, wenn man Anweisungen bekommen hat und um 17.00 Uhr ist Feierabend.

.....bis hier ist alles Schnee von gestern.

Was ist jetzt? Was geschieht in Zukunft? Wir Deutschen sind Anfang 2016 an einem Punkt angelangt, an dem ein Resümee zu ziehen mehr als notwendig ist.

.....Kaiser Flavius Julius Valens brauchte Facharbeiter.

Der Zustrom von Einwanderern reißt noch nicht ab. Natürlich kann man auch noch so weiter

machen wie bisher. Jede Turnhalle, jeder leerstehende Baumarkt, jedes leere Verwaltungsgebäude könnte umgebaut und belegt werden. Neubauten von Sozialwohnungen sind anzuschieben. Fertigstellung ca. 2018. Bis dahin Einwanderung weiterer Millionen Personen plus Familiennachzug und Geburten.

Man könnte noch jedes Haus abklopfen und die Belegung prüfen. Viele Häuser werden von 1-2 älteren Personen bewohnt. Vorhandener Freiraum, z.B. Kinderzimmer, Gästezimmer, Einliegerwohnung, Gartenhäuser könnten an Einwanderern vermietet werden, ebenso Zweit- und Ferienwohnungen anstatt an Urlauber. Gegebenenfalls alles mit Zwangsmaßnahmen. Es gibt in unserer Wohlstandsgesellschaft noch viel Platz, der vollgestopft werden kann. Bezieht sich der Kanzlerinnenspruch: „Wir schaffen das!“ auf diese Möglichkeiten?

Wir könnten aber auch innehalten und uns in aller Vernunft fragen: „Muß ein Volk Personen in unbegrenzter Zahl aus den verschiedensten Länder der Erde in seinem Land auf Dauer aufnehmen und ein-bürgern?“ Ist es nicht unser Recht zu verlangen, daß unsere Regierung zuerst für uns und unser Wohl-ergehen sorgt?

Was lehrt uns die Geschichte? Was taten die Römer? Auf dem Höhepunkt ihrer Macht, in den Jahren 104-101 v.Chr., als die germanischen Stämme der Kimbern und Teutonen bei Vercellae und Aqua Sextiae um Aufnahme baten wurden sie kurzerhand vernichtet. 400 Jahre später, um 376 n. Chr., als das Römische Reich an den Grenzen durchlässig wurde und im Inneren dekadent, reich und bequem, da begehrte östlich der Donau der Stamm der Goten Aufnahme. Kaiser Flavius Julius Valens brauchte Facharbeiter: Soldaten, kampfstärke, junge Männer zur Verteidigung der Reichsgrenzen, und nahm die Fremden auf. 100 Jahre danach, am 04. September 476, wurde der römische Kaiser Romulus von einem germanischen, scheinbar integrierten Vorzeigeimmigranten, wie wir heute sagen würden, dem römischen Gardepräfekten Odoaker, abgesetzt. Romulus war der letzte römische Kaiser. Das Römische Reich erlosch.

Das Ende des Römischen Reiches ist ein Menetekel dafür, daß auch ein geringer Anteil von Immigranten die Aufnahmegesellschaft bis in die Grundfesten erschüttern oder gar ruinieren kann. Blindheit gegenüber den Gefahren einer unkontrollierten Einwanderung kann eine Zivilisation vernichten. Die Römer waren sich vor ihrem Untergang, genau wie wir heute, sicher, daß ihre Welt für immer im Wesentlichen unverändert bleiben würde. Sie lagen falsch. Wir wären gut beraten, nicht genauso selbstgefällig zu sein.

Martin Luther predigte in den Jahren um 1600 leidenschaftlich von den Kanzeln der evangelischen Kirchen für die Zurückdrängung der Türken. Offensichtlich sah er im Vordringen des Islam eine Gefahr für das Christentum. Deutsche Städte spendeten zur Ausrüstung von Truppen. Der katholische Papst Innozenz XI. brachte 1683 zur Verteidigung Wiens 1,5 Millionen Gulden auf und der deutsche, katholische Kaiser Leopold I. 200.000 Gulden. Die Abwehr gelang, weil unter allen Kirchen- und Länderfürsten Einigkeit bestand.

Im 16./17. Jahrhundert traten der katholische Papst Innozenz XI. und der Mönch Martin Luther entschieden gegen die Islamisierung des Abendlandes ein. Im Gegensatz dazu stehen heute der katholische Papst Franziskus und der evangelische Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm, die geradezu liebedienerisch der Einwanderung islamgläubiger Türken und Araber nach Europa zustimmen. Die beiden christlichen Kirchen haben sich seit dem 17. Jhd. in ihrer Einstellung zum Islam um 180° gedreht, wohlwissend, daß der Islam mit ihnen niemals kooperiert, sondern in allen Ländern, in denen er herrscht, Christen unterdrückt und verdrängt.

Wir stehen auf diesen gewachsenen Erfahrungen. Seit zwei Jahrtausenden! Wir müssen anwenden, was wir erfahren und gelernt haben. Das ist weder fremdenfeindlich noch rassistisch. Das ist Selbsterhaltung! Das ist von solch elementarer und lebenswichtiger Bedeutung für das autochthone deutsche Volk, das mittels einer Volksbefragung darüber zu entscheiden hat, wie wir uns in der Einwanderungsfrage verhalten sollten.

So, wie es jetzt aussieht, wird sich Deutschland durch die Einwanderung in allen Denkmustern, die unser Weltbild prägen, ändern. Das hat schon mit der ersten Ansiedlung von Ausländern in den 60er Jahren begonnen. Keine Regierung hat klare Verhältnisse geschaffen. Verschlafen,

verschlampt, geduldet von Parteien, die Gesetze hätte schaffen müssen und einem Behördenapparat, der dafür keine Verantwortung empfand und keine Handlungsanweisungen erhielt. Jetzt soll es ein Integrationsgesetz geben, bevor es ein Einwanderungsgesetz gibt. Sieht souveränes Regieren so aus?!

Man muß sich doch klar darüber sein, daß eine Masseneinwanderung nach Deutschland und die An-siedlung von Menschen aus anderen Ethnien in unser Lebensumfeld unsere Gewohnheiten und Lebensverhältnisse in allen Bereichen grundlegend ändern und auch in einigen Generationen zu einer Umvolkung führen wird. Oder, wenn die Population der Einwanderer stärker ist als die der Alteingesessenen zu einer Verdrängung.

.....30 Jahre lang zusammen mit Einheimischen

Unsere Population ist gering. Wir wissen es. In ein paar Jahrzehnten wird es bemerkbar mehr alte als junge Deutsche geben. Wird der kleiner werdende Anteil der jungen, autochthonen Deutschen für die Alten aufkommen wollen und das überhaupt können? Wird die Pensionskasse und die Rentenkasse zusammengelegt und eine Durchschnittsversorgung gebildet? Glaubt jemand, daß die Eingewanderten hierhergekommen sind, um für die Deutschen zu arbeiten, und bereit sind, für die alte, deutsche Bevölkerung in die Versorgungskassen einzuzahlen, insbesondere wenn sie die Macht im Staate haben? Ich fürchte, sie werden eher für ihre Ethnien eigene Altersversorgungen einrichten.

Zurzeit sind wir damit befasst, die Eingewanderten zu registrieren. Das wird noch Monate dauern. Damit verbunden ist die Aufnahme und Zuweisung von Wohnung und Arbeit. Von einer Integration ist das noch Lichtjahre entfernt. Integration beginnt erst, wenn eine feste Wohnung vorhanden ist, wenn Arbeit und Einkünfte gegeben sind; wenn die Familie zusammen ist und wenn die Sprachkenntnisse zu einer Verständigung ausreichen. Damit sind die ersten fünf Jahre vorüber. Also so ab 2020 kann man damit beginnen, von „Integration“ zu reden, sofern sie überhaupt gewünscht ist. In weiteren 15 Jahren, also ab 2035, wird man feststellen können, wieweit sich die Fremden integriert haben. Von „Assimilation“ ist schon heute keine Rede mehr.

Die Masseneinwanderung und die Folgen versetzen uns einen Schock. Das über Jahrzehnte, von 1960 bis heute, andauernde geduldete, zum Teil auch kriminelle Einsickern von Fremden in unser Land hat für die Altgesellschaft die gleiche Konsequenz wie die jetzige plötzliche Masseneinwanderung. Sie sind hier und zwingen uns, mit ihnen fertig zu werden. Über die Konsequenzen nachzudenken, in welcher Art, in welchem Umfang und wie nachhaltig sich unser Volk dadurch verändert, wird, zumindest öffentlich, unterlassen.

Wir, das deutsche Volk, dürfen nicht so fahrlässig sein und auch nicht so verantwortungslos gegenüber unseren Nachfahren, daß wir ohne eine umfassende Diskussion, in die alle Meinungen unserer Bürger einfließen, einfach so weitermachen. Wir dürfen weder der Konsequenz ausweichen, ein Mischvolk zu werden, noch der Konsequenz, die Einwanderung sofort zu beenden. Es muß entschlossen ein Paradigmenwechsel angegangen werden. Deutschland ist kein Einwanderungsland. Nach Deutschland wurde und wird eingewandert – legal und illegal. Das ist alles. Wir haben keine geographische Größe, eine demographische Enge und keine Behörde, die die Einwanderung lenkt, kontrolliert und Unberechtigte abschiebt.¹

Seit 55 Jahren trommeln Parteien, Regierungen, Behörden und Medien auf uns Bürger ein und propagieren, daß wir Einwanderer brauchen. Gründe zählen sie zuhauf auf. Sie sind alle wohlfeil, aber nicht stichhaltig. Es sind Rechtfertigungen und Ausreden. Eine Bevölkerungszahl kann steigen und sie kann sinken. Es kommt auf das Wollen des Volkes an, wie und womit es leben will, und auf eine Wirtschaft, eine Verwaltung und eine Politik, die darauf eingeht und lenkt.

¹ Österreichs Kanzler Werner Faymann und Innenministerin Johanna Mikl-Leitner schließen Ende 2015/ Anfang 2016 Österreichs Grenzen vor dem Anmarsch Tausender arabischer, islamgläubiger Flüchtlinge aus dem osmanisch-arabischen Raum Vorderasiens und verhindern eine unkontrollierte, illegale Einwanderung nach Europa.

Wir müssen uns nicht, insbesondere nicht von Politik und Medien, einreden lassen, daß wir fremdenfeindlich oder rassistisch seien. Es geht um unser Land, um die autochthonen Bürger dieses Landes und darum, wie nach unserer Vorstellung unsere Nachkommen leben sollen. Das müssen wir im Auge haben. Die Medien beschreiben vielfach lieber „politisch korrekt“ Meinungsäußerungen und Lebensverhältnisse, die nach sozialistischer Machart gleichgeschaltet, bunt und vielfältig sein sollen, anstatt sich mit konservativen, d.h. traditionellen Meinungen fair auseinanderzusetzen.

In Anbetracht meiner 85 Lebensjahre nehme ich mir die Freiheit, eine gewachsene, eigenständige Meinung, die gerne am Althergebrachten festhält, also konservativ ausgerichtet ist, zu äußern. Diese Freiheit schützt das Grundgesetz mit Artikel 5 ausdrücklich. Hinzu kommt, daß ich aus eigener Erfahrung (von 1930-1960) darüber urteilen kann, wie es ist, wenn man ausschließlich zusammen mit Einheimischen lebt. Das tat ich 30 Jahre lang. Ich weiß, wie es sich anfühlt, mit Menschen zusammen zu leben, die ausländische Wurzeln und eine andere Lebensart haben. Das erlebe ich seit 1960, also seit 56 Jahren.

.....zu einem Paradigmenwechsel übergehen.

Jetzt ist der Zeitpunkt des Handelns und des Ordnen der Lage gekommen, die durch die permanente, ungesteuerte Einwanderung nach Deutschland entstanden ist und die weiterhin entsteht, sei sie gewollt, geduldet, kriminell oder sonst wie entstanden. Die meisten unserer Mitbürger haben das bisher hingenommen. Gegenüber unseren wehrlosen Nachfahren ist das gewissenlos, schäbig und jämmerlich.

Es ist an der Zeit, daß wir zu einem Paradigmenwechsel übergehen. Es wurden 56 Jahre lang die Stellschrauben auf „Herein“ gedreht. Jetzt müssen die Stellschrauben auf „Hinaus“ gedreht werden. Das wird ein langer, quälender und teurer Prozess, den wir aushalten und durchhalten müssen wie die Spanier, die vom 8. bis 13. Jahrhundert den Islam von der gesamten iberischen Halbinsel verdrängten, unterstützt von der katholischen Kirche und dem Papst in Rom.

Bereits im Jahre 732 widersetzten sich die Franken unter Karl Martell bei Tours und Poitiers siegreich dem Ansturm der Islamkrieger. Kaiser Friedrich III. führte im Jahre 1481 im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation zur Finanzierung der Abwehrkämpfe gegen den Islam eine Reichs-Türkensteuer ein. Die deutschen Reichsstände einigten sich 1521 in Worms auf eine „Türkenhilfe“. Martin Luther schrieb 1529 die Kampfhymne: „Das Reich muß uns doch bleiben“ und predigte „wider die Türken“. Den Angriff des osmanischen Heeres am 21. September 1529 unter Suleiman I. auf Wien wehrten die Habsburger ab.² Erneut stand am 12. Juli 1683 eine osmanische Armee unter Führung des Großwesirs Fazil Kara Mustafa Pascha vor Wien.³ Die evangelischen Stämme der Deutschen und die katholischen Polen vereinten sich und wehrten den Ansturm auf Wien resp. auf das Abendland ab.⁴

Wir können auf eine wehrhafte Vergangenheit zurückblicken. Wir müssen daraus lernen. Wir dürfen nicht mehr so weitermachen wie bisher, sonst wird in wenigen Jahrzehnten neben jedem eingeborenen Deutschen eine radebrechend deutsch sprechende Person mit ausländischen Wurzeln und meist islamischen Glaubens stehen. Das müssen wir nicht wollen und nicht

² Sultan Suleiman I. "der Prächtige" will den "Goldenen Apfel" des Westens, Wien, erobern. Am 21. September 1529 beginnt die Belagerung Wiens. Von Graf zu Salm und Wilhelm von Roggendorf wird Wien erfolgreich verteidigt.

³ Sultan Mehmed IV. Der "Goldene" Apfel" ist den Osmanen nicht aus dem Sinn gekommen. Sein Großwesir Fazil Kara Mustafa Pascha belagert am 12. Juni 1683 mit einem Heer von 250.000 Mann, darunter 125.000 Janitscharen, Wien. Die Stadt kann sich unter Leitung von Bürgermeister Andreas von Liebenberg und Adjutant Guido Graf von Starhemberg mit 18.000 Soldaten und einem "Volkssturm" von 1.800 Bürgern halten bis am 12. September 1683 das Entsatzheer von 80.000 Mann unter Führung des evangelischen Herzogs Karl V. von Lothringen und dem katholischen König von Polen Johann III. Sobiesky eintrifft. Die osmanischen Belagerer werden vernichtend geschlagen.

⁴ Die Dynastie Habsburg mit dem Kernland Deutsch-Österreich führte von 1526 bis 1791 insgesamt 8 Kriege gegen die Osmanen und Araber und wehrte in dieser Zeit das Eindringen des Islam in Europa ab. Das bescherte bis jetzt dem ganzen Abendland von 1791 -2016 für 225 Jahre Frieden mit den Osmanen und Arabern.

hinnehmen. Das kann uns keine Regierung oktroyieren. Denn schon ab 2035 könnte die Veränderung zu erkennen sein, für viele von uns erlebbar. Das ist keine Polemik, das sagt die Demographie!

Wir sollten jedem Flüchtling oder Asylsuchenden humanitäre Hilfe, außer Geld, zukommen lassen. Wir können das auch. Aber wir müssen jedem Ankömmling sagen, daß ein Aufenthalt bei uns vorübergehender Natur ist und nur so lange gilt, bis wieder Friede in seiner Heimat herrscht. Wir müssen den Ankömmlingen klar machen, daß niemand bei uns auf Dauer bleiben und sich ansiedeln kann, wenn wir das nicht wollen.

Sie sind geflohen! Sie hätten auch um ihre Heimat und ihre Freiheit kämpfen können. Warum sind Millionen Menschen gleichzeitig aufgebrochen und nach Europa gegangen? Wir müssen ihnen vor Augen halten, daß sie in ihrer Heimat den Wiederaufbau bewältigen müssen, wie wir das in Deutschland nach 1945 gemacht haben.

Wir selbst müssen uns aber auch fragen, ob es fair ist, wenn wir die Flüchtlinge für uns als Arbeitskräfte für unseren Wohlstand absaugen und billigend in Kauf nehmen, daß ihre entvölkerten Heimstätten wüste Stätten bleiben, die dann zusätzlich jahrzehntlang am Tropf der europäischen Länder hängen.

Die Frage an uns ist also: „Wollen wir auf Arbeitskräfte verzichten oder wollen wir die Arbeitskräfte hier-behalten, die anfallenden Kosten noch Jahrzehnte lang weiter zahlen und zusätzlich die Kosten des Wiederaufbaues der zerstörten arabischen Städte?“

Mein Orakel sagt mir: „Wir werden nach der heutigen politischen Lage zweimal bezahlen. Jetzt hier die Aufnahme- und Versorgungskosten und in fünf Jahren die Rückkehrosten und die Wiederaufbaukosten der zerstörten Städte und Landschaften.“

Wir dürfen nicht der Konsequenz ausweichen, der Politik die Richtung weiteren Handelns zu signalisieren. Sie hat sukzessive und konsequent für die Rückführung aller Ausländer in ihre Heimatländer zu sorgen, die sich nicht assimiliert haben, die sich nicht integrieren wollen und die uns nichts nützen. Das wird ein Jahrzehnte langer Prozess werden mit vielen individuellen Prüfungen und Gerichtsprozessen. Viele ungeratene Verhältnisse gilt es wieder zu entflechten. Das kostet viel Geld und unendliche Mühen.

Die Politik und die Behörden unseres Landes, die Diener unseres Staates, haben uns die Suppe eingebrockt. Sie müssen die Suppe auslöffeln. Wir sind das deutsche Volk! Wir müssen es wollen!

Es ist ein Traum der unter uns lebenden Gutmenschen, daß sich die Einwanderer bei uns integrieren, oder sogar assimilieren werden. Der Zug ist längst abgefahren. Es ist eher möglich, daß wir uns in Parallelgesellschaften aufteilen mit uns Deutschen in der Minderheit und auf deutschem Boden ein Vielvölkerstaat entsteht.

Wir müssen einen Paradigmenwechsel vollziehen – oder wir sind „weg vom Fenster“!

Karl Heinz Pape, 28277 Bremen, Wecholder Str. 172,
14. Juni 2016
E-Post: heinpape@outlook.de